



RATSBRIEF

Nachrichten für Ratsmitglieder und Bürgermeister im NSGB

Nr. 6/2021 vom 30.06.2021

Aktuelles aus Bundes- und Landespolitik

Rechtsanspruch auf Ganzttag in der Grundschule: Das GaFöG (Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter) ist von den Bundesländern im Bundesrat abgelehnt worden. Nun ist der Vermittlungsausschuss am Zuge. Der NSGB hatte immer wieder gemahnt, dass zwar der weitere Ausbau der Ganztagschulen unterstützt werden muss, ein Rechtsanspruch aber nicht erfüllbar sei. Weder stehe das Personal hierfür zur Verfügung, noch habe der Bund eine ausreichende Finanzierung vorgelegt. Das derzeitige Modell verursache jedes Jahr dreistellige Millionenlöcher im Landeshaushalt – dies darf nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Ob und wann der Vermittlungsausschuss vor der Bundestagswahl ein Ergebnis vorlegt, ist nicht absehbar.



Brandschutzgesetz: Der nds. Landtag will das Brandschutzgesetz novellieren. Im Gespräch sind insbesondere die Einführung einer Verpflichtung zur Aufstellung von Brandschutzbedarfsplänen und zusätzliche Freistellungsregeln für Kamerad:innen. Die Finanzierung sicherstellen wollen SPD und CDU hierfür aber im Rahmen der Konnexität nicht, wie Vertreter:innen

der Regierungsfractionen den kommunalen Spitzenverbänden erklärten. Diese haben sich gegen ein solches Ansinnen verwahrt.

Weitere Coronahilfen für Kommunen sind derzeit nicht absehbar. Bund und Land machen in entsprechenden Gesprächen stets deutlich, dass sie ihre finanzielle Lage noch schlechter einschätzen, als die der Kommunen. Dabei werden mindestens die nächsten zwei Jahre für die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden hinsichtlich der Steuereinnahmen schwierig sein. Der NSGB bleibt hier am Ball.

Das Land Niedersachsen bereitet derzeit einen Doppelhaushalt für die Jahre 22/23 vor. Der NSGB hat hierzu Stellung genommen. Insbesondere die Finanzierung der Krankenhäuser und zusätzliche Medizinstudienplätze müssen aus unserer Sicht ausfinanziert werden, um die Gesundheitsversorgung und die Zukunft der hausärztlichen Versorgung sicherzustellen. Auch die bessere finanzielle Unterstützung der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden bei der KiTa-Finanzierung haben wir angemahnt.

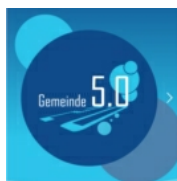
Kommunalpolitisches Engagement; Ratgeber "Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat"

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) und der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) haben einen aktuellen Ratgeber für haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen, kommunale Verwaltung und kommunal Engagierte im Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen veröffentlicht. Der 45-seitige Ratgeber „Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat“ will allen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich in der Kommunalpolitik aktiv sind oder in Verwaltungen arbeiten, eine konkrete und praktische Hilfestellung im Umgang mit der zunehmenden Verrohung, Enthemmung und Gewaltverherrlichung – verbal, etwa in Form von Hetze und Bedrohungen in sozialen Netzwerken, aber auch mit rechten Angriffen und Gewalttaten bieten, um die Betroffenen zu unterstützen, Mut zu machen und gegen Ohnmachtsgefühle und Angst aktiv werden können. Gegenstand der Broschüre sind Hintergründe (u. a. Ziele und Praxis rechter Einschüchterungs-versuche), Strategien (Was Verwaltungen, Parteien und Umfeld tun können) sowie Tipps und Hinweise (Umgang mit konkreten Herausforderungen, juristischem Umgang sowie mit Ängsten und Sorgen).



Ratgeber

Homepage des NSGB-Projektes ‚Gemeinde 5.0‘ überarbeitet



Wie sehen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im Jahr 2050 aus? Mit dieser Frage und sinnvollen Projekten, die den kleinen und mittleren Städten auf dem Weg in die Zukunft helfen können, befassen wir uns bei Gemeinde 5.0.

[Aktuelle Informationen zu den laufenden Projekten](#)

Dorfentwicklung; neue Broschüre "Zukunft Dorf" für engagierte Dorfbewohner

Eine neue Handreichung stellt das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) Akteuren im ländlichen Raum zur Verfügung, die sich aktiv für die Entwicklung der Dörfer im Land stark machen wollen. Sie soll als roter Faden für die Erfolgsgeschichte der Dörfer in Niedersachsen dienen. Das Land Niedersachsen möchte die Menschen in den Dörfern dabei bestärken, ihre Möglichkeiten und Kompetenzen gezielt einzusetzen, um in ihren Dörfern etwas zu bewirken. Dafür gibt die Broschüre wichtige Tipps, Beispiele und Hinweise.



Die Förderung der Dorfentwicklung ist eines der maßgeblichen Instrumente zur Entwicklung der Dörfer in Niedersachsen. Derzeit nehmen 842 Dörfer in 245 Dorfregionen am Niedersächsischen Dorfentwicklungsprogramm teil. Das Land stellt in der verlängerten EU-Förderperiode (2014 bis 2022) rd. 410 Millionen Euro bereit. Ergänzt wird das Dorfentwicklungsprogramm durch den flächendeckenden Ansatz zur Förderung der Dorfmoderation nach der ZILE-Richtlinie. Hierbei handelt es sich um eine niederschwellige Möglichkeit für die Initiierung und Organisation von Dorfentwicklungsprozessen sowie Projekten. Darüber hinaus gibt es andere Förderprogramme wie die Städtebauförderung.

[Broschüre "Zukunft Dorf"](#)

Online-Veranstaltung: Unser Dorf in 10 Jahren – eine Reise in die Zukunft

Die Corona-Pandemie hat in unseren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden viele wichtige, zukunftsweisende Prozesse zum Stillstand gebracht – es ist Zeit, dem bürgerschaftlichen Engagement wieder neuen Schwung zu verleihen, wieder anzupacken und unser „Morgen“ gemeinsam zu gestalten!

Hierzu bietet die Akademie des Wandels zusammen mit Renn.nord eine Anleitung für organisierte Dorfrundgänge, die erkunden wollen, wie unser Dorf in 10 Jahren aussehen könnte – denn nur wer ein Ziel vor Augen hat, kann es auch erreichen!



UNSER DORF IN 10 JAHREN EINE REISE IN DIE ZUKUNFT

*Um eine für heutige und zukünftige Generationen lebenswerte Welt gestalten zu können,
müssen wir sie uns erst einmal vorstellen können.*



Unser Dorf soll Zukunft haben!

Wir möchten mit der nachstehend abrufbaren Anleitung engagierte Ratsmitglieder sowie BürgerInnen dazu anregen, die Zeit der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit vom 18. Sept. bis 08. Okt. 2021 für die eigenständige Organisation eines fantasievollen Rundgangs zu nutzen, für den alle Teilnehmenden ihre „Zukunfts-Brille“ aufsetzen und sich gemeinsam der Frage stellen: Wie würde unsere Lebensumgebung im Idealfall in 10 Jahren aussehen? Wie möchten wir unseren Ort, unsere Heimat gestalten?

Für alle Interessierten wird es am 11. August 2021 von 19:00 – 20:30 eine Online-Einführung in dieses Format geben. Mit einer E-Mail an puls_renn.nordnds@uan.de können Sie sich bis zum 20. Juli 2021 anmelden und die Zugangsdaten zur Online-Sitzung erhalten. Bei großer Nachfrage wird es ggf. noch einen zweiten Termin zur Online-Einführung nach den Schulferien Anfang September geben.

Zur Anmeldung zur Online-Einführung: puls_renn.nordnds@uan.de

Anleitung

Die Zukunft der Ortskerne und Innenstädte



Bis zur Corona-Pandemie war der Wandel unserer Ortskerne und Innenstädte schleichend. Jetzt wird deutlich: Der Handel vor Ort hat gegenüber dem Online-Handel an Attraktivität verloren; die Innenstadt als „Einkaufszentrum“ verliert an Bedeutung.

Die Ortskerne und Innenstädte müssen sich wandeln: Von bloßen Einkaufsmöglichkeiten hin zu

Marktplätzen des Lebens, der Kultur, des Handels und der Begegnung. Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Der Wandel bedarf kommunaler Begleitung. Er wird die Kommunen nicht nur finanziell herausfordern. Vor Ort muss zusammen mit Handel, Wirtschafts- und Sozialpartnern und den Bürgerinnen und Bürgern individuelle Strategien gefunden werden, um die Ortszentren in die Zukunft zu führen.

Nach dem Innentadtgipfel des NSGB im Februar 2021 gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU), der Ministerin für Bundes- und Europangelegenheiten Birgit Honé (SPD) und Olaf Lies (SPD), Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz folgt nun ein Förderprogramm der Europäischen Union: Im Land Niedersachsen können insgesamt 117 Millionen Euro an Kommunen ab einer Einwohnerzahl von 10.000 im Programm „Perspektive Innenstadt!“ vergeben werden. Der NSGB hat es erreicht, dass sich auch Samtgemeinden sowie kommunale Verbände (gemeinsam über 10.000 Einwohner) bewerben können, sofern die Maßnahmen in einem Grundzentrum umgesetzt werden. Das Programm bietet ein weites Spektrum an Fördertatbeständen, ist jedoch leider bis zum 31. März 2023 befristet.

[weitere Infos zum Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“](#)



[Die Niedersächsische Gemeinde digital](#)

Fortbildungen für Ratsmitglieder



Die Kommunalakademie des NSGB bietet umfangreiche Fortbildungen für alle neuen und alten Ratsmitglieder und Bürgermeister*innen an. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das Kommunalrecht, Haushaltsrecht und das Baurecht gerichtet. Aber auch "Softskills" sind dabei.

[Hier geht's zu den Seminaren](#)

Herausgeber: NSGB.
Der Ratsbrief wird an alle Ratsmitglieder der
Mitgliedsgemeinden im NSGB versandt. Wenn
Sie den Ratsbrief zukünftig nicht mehr erhalten
wollen, klicken Sie bitte hier auf

AUSTRAGEN

Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
Arnswaldtstraße 28
30159 Hannover
www.nsgb.de
©2017 NSGB. Nur für Mitglieder.